

fairer handel

www.taz.de | anzeigen@taz.de | fon 030 – 25 90 23 14

16. – 22. september 2023

Unterstützung in der Klimakrise

Von den Auswirkungen der Klimakatastrophe sind die Menschen im Globalen Süden am stärksten betroffen. Die Akteure der Fairen Woche wollen beleuchten, wie der Faire Handel zu mehr Klimagerechtigkeit beitragen kann. Seine Stärke: langfristige Beziehungen

Von **Frank Herrmann**

Lang anhaltende Dürren, Starkregen mit Überschwemmungen, Wirbelstürme, Pilzkrankheiten, schmelzende Gletscher: Die weltweite Klimakrise macht sich bereits seit vielen Jahren vor allem im Globalen Süden bemerkbar. Besonders ärmere Bevölkerungsschichten leiden unter den Folgen der hohen Treibhausgasemissionen, die der industrialisierte Norden und transnationale Konzerne weiterhin ungebrochen produzieren. Das ist ungerecht.

Die wohlhabenden Länder des Nordens tragen am meisten zur menschengemachten Klimakrise bei, besitzen aber Geld und Technologien, um sich vor den Folgen zu schützen. Ihr Reichtum basiert allerdings in hohem Maße auf wirtschaftlichen Aktivitäten, die den Klimawandel vorantreiben – unter anderem dem Verbrennen fossiler Energieträger.

Dass es nicht sonderlich gerecht zugeht auf unserem Planeten, ist bekannt. Wenige besitzen viel, viele fast nichts. Während mehr als 800 Millionen Menschen hungern, weitere Milliarden unter stark gestiegenen Lebenshaltungskosten leiden, konnte sich einer Oxfam-Studie

zufolge das reichste Prozent der Weltbevölkerung 63 Prozent der gesamten Vermögenszuwächse von 2020 bis 2022 einverleiben – 2.600 Milliarden US-Dollar. Dabei produzieren reiche Menschen mit ihrem luxuriösen Lebensstil deutlich mehr CO₂ als ärmere, wälzen die Folgekosten aber gerne auf die Allgemeinheit ab.

Die Klimakrise hebt diese Ungleichheiten auf ein neues Level.

Stürme, Schädlinge, Hitze, Regen – der Klimawandel bedroht Betriebe auf allen Kontinenten

Wenn wir also von Klimagerechtigkeit sprechen, geht es um viel mehr als „nur“ um die Auswirkungen von Wetterextremen, um technische Lösungen oder einem gerechten internationalen Klimaabkommen. Es gilt historische, politische und gesellschaftliche Disparitäten zu beseitigen, deren Folge die aktuelle Klimakrise ist.

Unverhältnismäßig stark betroffen von der Klimakrise sind auch Millionen kleinbäuerli-

che Partnerbetriebe des Fairen Handels in Ländern des Globalen Südens. Obwohl sie vor Ort einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherheit leisten und zum Erhalt von Biodiversität und lebenswerten ländlichen Regionen beitragen, bedeutet die Erderwärmung ein existenzielles Risiko für sie. Die meisten von ihnen sind auf stabile klimatische Verhältnisse angewiesen. Die Wetterkapriolen der vergangenen Jahre setzen ihnen schwer zu.

So berichten die Befragten einer Untersuchung der European Fair Trade Association (EFTA) übereinstimmend „von dramatischen und manchmal verheerenden Auswirkungen der Klimakrise auf die Lebensbedingungen ihrer jeweiligen Gemeinschaften“. Ob von Stürmen beschädigte Kaffeesträucher in Guatemala, vermehrter Schädlingsbefall bei Mangos auf den Philippinen, durch Hitze verbrannte Quinoa-Sträucher in Bolivien oder durch zu wenig Regen geschwächte Kakao-bäume in Ghana: Die Klimakrise bedroht die Lebensgrundlagen der Menschen, die unmittelbar von natürlichen Ressourcen abhängig sind. Selbst Kunsthandwerk:innen sind betroffen, wenn etwa Holz zu trocken oder

Fairtrade Die Bio-Olivenöl-Kooperative Canaan Oil in Palästina



80 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen in Palästina bestehen aus Olivenhainen. Für die Bilder dieser Serie besuchte Fotojournalist Jörg Böhling die Erzeugergenossenschaft Canaan Oil im Westjordanland, die seit 2005 Bio-Oliven herstellt. Fotos: Jörg Böhling

zu feucht für die Verarbeitung ist.

Die schwierige Lage ihrer Partnerbetriebe, die unter anderem Kaffee, Kakao, Süßfrüchte, Baumwolle oder Kunsthandwerk über den Fairen Handel vermarkten, ist den deutschen Fairhandelsorganisationen seit Längerem bekannt. Doch statt zu lamentieren, krempelt man bei der Gepa, El Puente oder Weltpartner die Ärmel hoch. Denn eine zentrale Komponente des Fairen Handels und eine seiner großen Stärken ist die enge und auf Langfristigkeit ausgerichtete Beziehung mit den Projektpartnern. Dieses Band des Vertrauens, dessen Resilienz sich schon während der Coronakrise bewährt hat, hilft auch jetzt, gemeinsame Antworten auf die Klimakrise zu finden.

Die Bandbreite der Maßnahmen hat die gesamte Wertschöpfungskette im Blick: In

den Produzentenländern stellen Kooperativen auf Bioanbau um, forsten Wälder auf, pflanzen Schattenbäume oder nutzen recycelte Materialien. Der überwiegende Teil des Transports der Rohstoffe und Waren erfolgt per Schiff, zum Teil auch emissionslos mit dem Segelboot. Unvermeidliche Emissionen werden durch qualitativ hochwertige Klimazertifikate kompensiert. Immer mehr Unternehmen nutzen plastikfreie Verpackungen und bieten die Produkte unverpackt an.

Auch ihre eigene CO₂-Bilanz haben die Unternehmen des Fairen Handels im Blick. Der Klimaschutz am Standort Deutschland reicht unter anderem von Solaranlagen und Regenwassernutzung bei El Puente über den Verzicht auf Inlandsflüge und die Teilnahme an Klimastreiks bei Weltpartner bis hin zu Jobrad-Angeboten und begrünten Dächern bei der Gepa.

Es ist offensichtlich, dass der Nischenmarkt Fairer Handel die Mammutaufgabe globaler Klimaschutz nicht allein stemmen kann. Umso wichtiger ist daher das politische Engagement von Dachorganisationen wie dem Forum Fairer Handel, dem Weltladen-Dachverband oder Fairtrade Deutschland anhand einer öffentlichkeitswirksamen Kampagnenarbeit, durch Gespräche mit der Politik oder die Teilnahme an Demonstrationen.

Ziel muss es sein, den Druck auf Politik und Konzerne massiv zu erhöhen. Keine Klimagerechtigkeit ohne Handelsgerechtigkeit!

Das Forum Fairer Handel hat die Broschüre „Klimagerechtigkeit und Fairer Handel“ veröffentlicht. Sie ist in der Materialdatenbank zu finden und kostenlos downloadbar und auch als Printprodukt gegen Spende erhältlich.

Impressum Redaktion: Lars Klaaßen & Martin Kaluza | Foto-Red.: Karoline Bofinger | Anzeigen: Jan Kniggendorf

FAIR. UND KEIN GRAD MEHR!

#FAIRHANDELN
für Klimagerechtigkeit weltweit

FAIRE WOCHE
15. – 29. September 2023

www.fairewoche.de

Veranstalter



Kooperationspartner



Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des



Gefördert durch



Zum Schutz vor der immer stärkeren Sonne setzen Kaffeebauern Bäume und Bananen in ihre Parzellen. Eine holländische NGO honoriert das mit einem neuen CO₂-Einspar-Mechanismus



Biologischer Olivenanbau auf der Naturland-Farm Al A'bhara im Dorf Anza

Schattenbäume schützen die Kaffeesträucher

Von Knut Henkel

In La Sierra, im Süden Kolumbiens, ist die Kaffeeernte gerade beendet. Die Kleinstadt mit 14.000 Einwohner:innen liegt eine gute Stunde südlich von Popayán, der Hauptstadt des Verwaltungsbezirks Cauca. Gegenüber vom Sitz der Genossenschaft Asogrupos rollen Jeeps, kleine Laster und Busse mit Dachgepäckträgern vorbei, auf denen buntgestreifte Säcke gestapelt sind. „Die Kaffeeernte geht zu Ende, und die Bauern bringen die getrockneten Bohnen zu ihren Genossenschaftszentralen“, sagt José Eduard Muñoz.

Der kräftige Mann Mitte 40 ist Kaffeebauer, eines der Gesichter der 120 Mitglieder zählenden Genossenschaft, die im Zentrum von La Sierra ihren Sitz hat. „Hier koordinieren wir unsere Arbeit, organisieren den Verkauf, diskutieren die Anbaukonzepte, bilden uns weiter und knüpfen Kontakte“, erläutert Muñoz. „Doch die eigentliche Arbeit findet auf den Farmen weiter südlich, am Eingang des Macizo Colombiano, statt.“ So nennt sich die Bergkette im Süden des Cauca, wo fast alle großen Flüsse Kolumbiens entspringen, ein andines Schutzgebiet, das für seine Artenvielfalt bekannt ist.

Dort wird Kaffee von mehreren Genossenschaften angebaut. Asogrupos ist eine davon, setzt allerdings konse-

quent auf die Anpflanzung von Schattenbäumen auf den kleinen Parzellen. Diese sind selten größer als vier Hektar. Das hat gleich mehrere Gründe. „Der Klimawandel sorgt dafür, dass die sensiblen Arabica-Sträucher mehr Sonne bekommen, als sie mögen“, so der Agrartechniker Muñoz, der für die niederländische Hilfsorganisation Solidaridad aktiv ist, aber aus der Region stammt. „Schattenpflanzen helfen uns dabei, die Bedingungen zu verbessern.“

Eine der Baumarten, der auf den Anbauflächen von Asogrupos zum Einsatz kommt, heißt „Tambor frijolito“. Ein positiver Nebeneffekt: Die Bäume binden Nitrat aus der Luft im Boden. Eine andere Art, auf die man setzt, heißt „Chacha fruta“. Auch Avocado, Obstbäume und Bananen werden auf den Farmen der Mitglieder zwischengepflanzt. „Das hat vielfältige Effekte: Es bringt zusätzliche Einnahmen, verbessert die Eigenversorgung der Haushalte, sorgt aber auch dafür, dass die Kaffeebüsche perspektivisch bessere Erträge bringen. Die sind derzeit niedrig.“

Die gerade beendete Ernte ist um mindestens vierzig Prozent eingebrochen – verantwortlich dafür war zu viel starker Regen. „Der hat die Kaffeeblüten wegschwemmt, von den Ästen gespült, sodass sich weniger Kaffee Früchte entwickeln konnten“, sagt

Francisco Arias. Für ihn und die Genossin Esperanza Nieves sind das schmerzhaft Einbußen. Beide begrüßen, dass ihre kleine Genossenschaft aktiv nach Alternativen sucht: „Die Bäume, von den wir nun Setzlinge ziehen, kommen aus der Region, bremsen den Wind, reduzieren die Erosion, und die Blätter sorgen für Biomasse. All das führt dazu, dass wir die Fruchtbarkeit der Böden erhalten und sogar verbessern“, erklärt die 46-jährige Nieves. Effekte, die in der bergigen Region, wo Kaffee in einer Höhe zwischen 1.600 und 2.100 Metern angebaut wird, an-

Avocado, Bananen und Tambor frijolito sichern die Kaffee-Erträge

gesichts stark steigender Düngemittelpreise immer wichtiger werden.

Die Genossenschaft hat sich mit der Finca La Coceta eine Fläche zugelegt, die gemeinsam von allen Genoss:innen bestellt wird. „Eine Art Schulfarm mit rund 15 Hektar Fläche, wo wir experimentieren: mit unterschiedlichen Kaffeesorten, mit verschiedenen Schattenbäumen, und wo wir eine neue Schälmaschine installieren wollen, die

wesentlich weniger Wasser benötigt“, so Muñoz. Der Agrartechniker plant auch, weitere Trockenzelte und eine Biokompost-Anlage aufzubauen. Möglich macht das die Unterstützung durch Solidaridad und die CO₂-Einsparprämie.

„Wir erhalten für die von uns gepflanzten Bäume eine Prämie, weil sie CO₂ einsparen“, so der Agrarexperte. Das innovative Modell hat Solidaridad im Verbund mit der holländischen Rabobank entwickelt. „Für uns stellte sich 2019 die Frage, wie die Bauern vom Anpflanzen der etwa 30.000 Schattenbäume profitieren können“, erklärt Eduard Merger von Solidaridad in Deutschland. Er ist für die Implementierung des Mechanismus mitverantwortlich und stand 2019 vor der Frage, wie sich so ein neues System mit Audits vor Ort, der Kontrolle der Farmen per Satellit und der Veräußerung von CO₂-Einspar-Zertifikaten realisieren lassen könnte.

„Zu teuer“, lautete damals die erste Analyse. Dann tauchte die Rabobank auf und mit ihr die digitale Plattform Acorn (Agroforestry Carbon Removal Units for the Organic Restoration of Nature). Die niederländische Genossenschaftsbank setzt auf einen CO₂-einsparenden nachhaltigen Agrarforst-Ansatz, sie hat die Kosten für das Monitoring reduziert und die Preise pro Tonne eingespartes CO₂ auf 20 Euro erhöht. Das war der Durchbruch, die Zertifikate werden

nun an Unternehmen verkauft, die ihre Emissionen kompensieren möchten. „Neu ist, dass die Emissionsgutschriften über die Plattform für einen Mindestbetrag von 20 Euro pro Stück verkauft werden, von denen 16 Euro direkt an die Kaffeebauern und -bäuerinnen gehen“, sagt Merger. „Jede Farm wird per Satellit kontrolliert, und je mehr Biomasse die Bäume generieren, desto mehr Kohlenstoffgutschriften erhalten die landwirtschaftlichen Betriebe.“

In Kolumbien nehmen bislang rund 1.200 Bäuerinnen und Bauern an dem Programm von Solidaridad teil, darunter die 120 von Asogrupos. Wenn Ende des Jahres die erste Auszahlung erfolgt, komme sie genau zum richtigen Zeitpunkt, so José Eduard Muñoz. „Sie hilft uns, die Einnahmeausfälle durch die niedrige Kaffeeernte zu kompensieren und unsere Investitionen auf der Gemeinschaftsfarm La Coceta abzusichern.“ Das zusätzliche Einkommen soll die Bauern animieren, ihre klimafreundlichere Landwirtschaft zu intensivieren. Neue Einkommensquellen sind nötig, denn der Klimawandel macht nachhaltigen Kaffeeanbau arbeitsintensiver. Immerhin, die Perspektiven für die Ernte 2024 sind gut. „Erstmals nach drei Jahren hatten wir während der Kaffeeblüte keinen Starkregen“, so Muñoz. „Wir hoffen im nächsten Jahr auf eine gute Ernte.“

WÜRDEST DU LIEBER FAIR ODER MIT PESTIZIDEN BEHANDELT WERDEN?

#ökofürswir

Wir für eine öko-faire Landwirtschaft



Für Menschenrechte in der Textilindustrie

Wir setzen uns für die Rechte der Opfer von Menschenrechtsverletzungen ein. Informieren Sie sich über die Situation von Menschen in der globalen Textilindustrie und unterstützen Sie unsere Arbeit!



IBAN: DE 45 3506 0190 0009 0909 08
Stichwort »Menschenrechte«

VEM VEREINTE EVANGELISCHE MISSION
www.vemission.org

Fairness in Ketten

Das geplante EU-Lieferkettengesetz nimmt Firmen für soziale und ökologische Auswirkungen ihrer Produktion in die Verantwortung

Von **Cordula Rode**

Bereits im Februar 2022 hat die EU-Kommission ihren Vorschlag für ein Gesetz über Nachhaltigkeitspflichten von Unternehmen vorgelegt, die Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD). Sie soll verbindliche Regelungen in den Bereichen Menschenrechte, Klima und Umwelt treffen. Im Dezember desselben Jahres einigten sich die EU-Länder auf ein Lieferkettengesetz. Im EU-Parlament stimmte im Juni 2023 eine Mehrheit für eine Verschärfung des ursprünglichen Gesetzesvorschlags der EU-Kommission. Nun folgt der Trilog-Prozess, in dem die drei gesetzgebenden EU-Institutionen (Kommission, Parlament und Rat) die endgültige Ausgestaltung der Richtlinie verhandeln. Erfolgt eine Einigung, wird das Gesetz in Kraft treten.

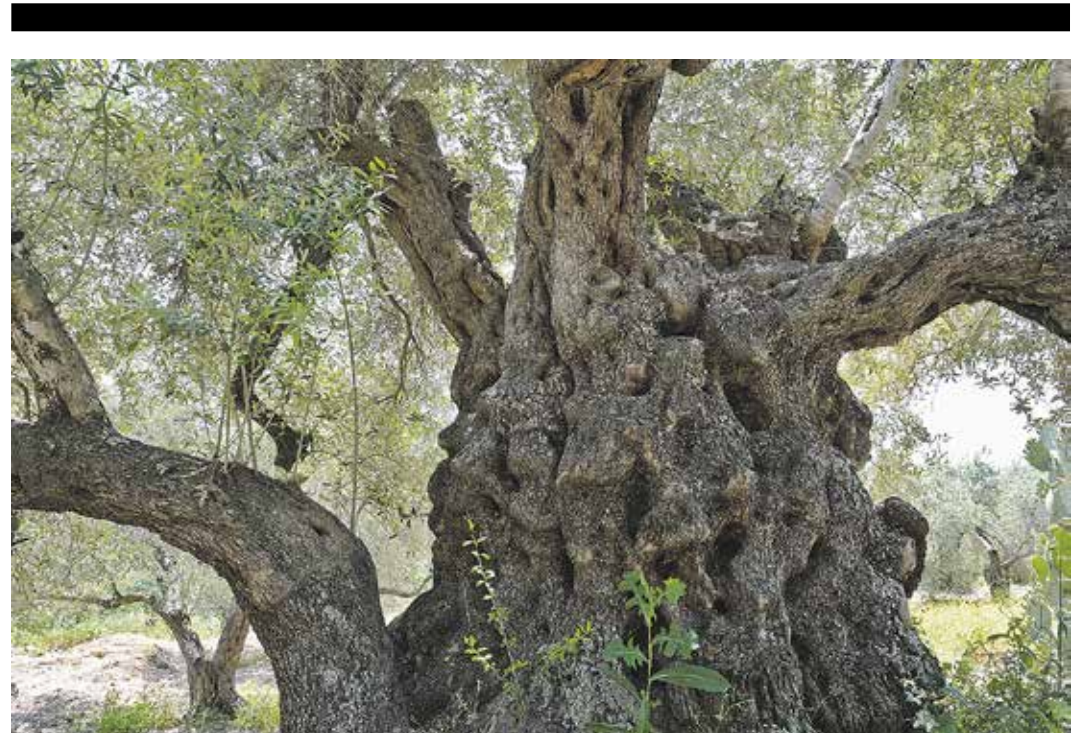
Im Vergleich zum deutschen Lieferkettengesetz (LkSG), das seit dem 1. Januar 2023 gilt, gehen die Forderungen des EU-Gesetzes in vielen Bereichen weiter. Anders als das deutsche Gesetz differenziert zum Beispiel das EU-Gesetz bei der Existenzsicherung zwischen Lohn und Einkommen. „Dies ist von großer Bedeutung, da rund ein Drittel der von uns konsumierten Lebensmittel von kleinsten Betrieben produziert

werden, die als unabhängige Akteur:innen keinen Lohn bekommen, sondern sich ein Einkommen erwirtschaften“, erläutert Stephanie Seeger vom Weltladen Dachverband. Ihre berufliche Existenz würde durch das neue Gesetz endlich geschützt. Die Umsetzung dieses Rechts wird aber vermutlich nicht einfach: „Bei Verstößen liegt die Beweislast allein bei den Betroffenen, während die Informationsmacht bei den Unternehmen liegt.“ Es scheint eher unwahrscheinlich, dass diese eine:r Kläger:in volle Einsicht in ihre Unterlagen geben würden.

Die Bundesregierung hatte in der Verhandlung im EU-Rat eine Protokollnotiz zur sogenannten „Safe Harbour“-Klausel durchgesetzt und knüpft ihre Zustimmung zu einem EU-Lieferkettengesetz an diese Klausel: Sie würde es Unternehmen etwa erlauben, Produkte oder Produktionsprozesse von externen Prüfern als einwandfrei zertifizieren zu lassen oder sich an bestimmten Brancheninitiativen zu beteiligen. Auf diese Weise müssten sie dann nur noch haften, wenn ihnen Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit nachgewiesen werden. „Diese Forderung, die einen der wichtigsten Aspekte des geplanten Gesetzes aushebeln würde, wurde aber nicht in den Vorschlag des EU-

Parlaments übernommen“, erklärt Stephanie Seeger. Im Trilog werde sich nun zeigen, ob die Bundesregierung weiter auf der Regelung besteht – eine der vielen noch offenen Fragen. „Natürlich wird dieses Gesetz noch zahlreiche Schwachstellen haben“, so die Expertin, „aber es ist gut und wichtig, dass es überhaupt kommen wird.“

Fachleute sehen noch zahlreiche Schlupflöcher für die Unternehmen. Mehr als 140 Organisationen, auch der Weltladen Dachverband, fordern in der „Initiative Lieferkettengesetz“ gemeinsam konsequente und verbindliche Regelungen. Vor vier Jahren wurde die Initiative gegründet, um das damals in Planung befindliche deutsche Lieferkettengesetz im öffentlichen Bewusstsein zu verankern und Einfluss auf die Politik nehmen. „Nachdem dieses Gesetz auf den Weg gebracht war, haben wir uns auf das geplante EU-Gesetz konzentriert“, erzählt Michelle Trimborn, Koordinatorin der Initiative. „Wir hoffen, dass das Gesetz zahlreiche Lücken des deutschen Gesetzes schließen wird.“ Einen der wichtigsten Unterschiede sieht die Initiative darin, dass das EU-Gesetz sich nicht auf den Aspekt der klassischen Menschenrechte beschränkt, sondern auch Bestimmungen zu Umwelt- und Klimaschutz fest verankert.



2000 Jahre alter Olivenbaum aus der römischen Zeit

Zahlreiche Beispiele verdeutlichen, wie eng alle drei Themen meist verzahnt sind. So sind in der Produktion von Leder und Schuhen in Ländern wie Indien und Bangladesch minimale Löhne, Kinder- und Tagelöhnerarbeit der Normalfall. Durch den Kontakt mit vielen Giftstoffen sind die Arbeiter:innen einem hohen Gesundheitsrisiko ausgesetzt, ihnen drohen Haut- und Atemwegserkrankungen, Benzolvergiftungen und Krebs. Eine gesundheitliche Absicherung durch die Arbeitgeber erfolgt im Normalfall nicht, Gewerkschaften oder andere Inte-

ressenvertretungen werden in den meisten Herstellerländern gesetzlich verhindert. Auch die Umweltschäden durch hochtoxische Industrieabfälle sind enorm. Die fertigen Waren, die die Kunden bei großen Unternehmen wie Deichmann und Zalando erwerben, haben also eine lange Lieferkette hinter sich, die bereits in ihren Anfängen weder Menschenrechte noch Umweltschutz berücksichtigt. Nur wenn ein Gesetz wirklich alle Schritte der Produktion reglementiert und nicht, wie das deutsche Gesetz, zwischen di-

rekten und indirekten Zulieferern unterscheidet (für letztere sind Unternehmen nur in wenigen Ausnahmefällen verantwortlich), kann auf Dauer Abhilfe geschaffen werden. „Wir richten das Augenmerk auch auf die nachgelagerte Wertschöpfungskette, die im Gesetz verankert werden soll“, erklärt Michelle Trimborn. Dies beziehe sich zum Beispiel auf Aspekte wie Abfallentsorgung, aber auch die Verwendung des jeweiligen Produktes. „Auch hier müssen die Unternehmen in die Verantwortung genommen werden.“

Sag's mit Blumen

Wer fair gehandelte Blumen kauft, unterstützt bessere Arbeitsbedingungen auf den Plantagen und den Gesundheitsschutz in der Produktion

Topf-, Beet und zahlreiche Schnittblumen gehören zum Sortiment fair gehandelter Pflanzen. Den ersten Platz nehmen Rosen ein. Jede dritte in Deutschland verkaufte Rose ist eine Fairtrade-Pflanze, die auf einer der 73 zertifizierten Farmen in Afrika, Lateinamerika oder Asien angebaut wird. Im Jahr 2022 wurden mehr als 484 Millionen gesiegelte Rosen nach Deutschland eingeführt. Ein Großteil stammt aus Kenia und Äthiopien.

Verglichen mit dem Vorjahr sank der Absatz fair gehandelter Rosen 2022 um rund 147 Millionen: „Vor allem die gestiegene Inflation und der Ukrainekrieg haben dabei eine große Rolle gespielt und die Preise nach oben getrieben“, sagt Edith Gmeiner, Sprecherin des Vereins Fairtrade Deutschland.

In Zeiten knapper Kassen und steigender Inflation würden sich Verbraucher:innen in Deutschland den ein oder anderen Blumenkauf verkneifen. Das hat auch Folgen für die Beschäftigten. Denn die Blumenfarmen erhalten von den Importeuren eine zusätzliche Fairtrade-Prämie in Höhe von 10 Prozent des Exportpreises für jede verkaufte Blume, die an ein so genanntes Fairtrade-Prämienkomitee geht. Dieses Gremium, das von den Beschäftigten vor Ort gewählt wird, entscheidet, in welche Projekte das Geld fließt. „Ich kenne eine kleine Geburtsklinik, die mit dem Geld aufgebaut wurde, es werden Kinderkrippen gefördert oder Bildungsprojekte finanziert“, zählt Gmeiner Beispiele auf.

Zudem profitieren die Beschäftigten auf den Plantagen von dem Siegel, das klar definierte ökologische und vor-

allem soziale Standards vorschreibt: Feste Arbeitsverträge, Versammlungs- und Gewerkschaftsfreiheit sowie klare Arbeitszeitregelungen gehören zu den Vorgaben. Außerdem müssen Fairtrade-zertifizierte Blumen- und Pflanzenfarmen ihren Beschäftigten den gesetzlichen Mindestlohn oder mehr zahlen.

Dass der gesetzliche Mindestlohn „nicht immer auch existenzsichernd ist“, weiß auch Gmeiner. Fairtrade-zertifizierte Farmen könnten allerdings nicht am Markt bestehen, wenn nur sie verpflichtet wären, die Löhne auf ein existenzsicherndes Lohnniveau anzuheben, während der Rest der Schnittblumenindustrie dies nicht bräuchte. Es gebe ein Spannungsfeld zwischen den wichtigen und berechtigten Interessen der Beschäftigten und denen der Plantagen, die auf einem internationalen Markt konkurrenzfähig sein müssten. Die Berechnung der Höhe eines existenzsichernden Lohns ist von Land zu Land unterschiedlich. Fairtrade setzt auf die sogenannte Anker-Methode, um die entsprechenden Löhne und Einkommen länderspezifisch zu ermitteln.

Der Einsatz von Chemikalien lässt sich zwar nicht ganz vermeiden, für gesiegelte Farmen gelten aber strengere Umweltstandards. So gibt es zum Beispiel Listen, auf denen Pflanzenschutzmittel vermerkt sind, die auf keinen Fall eingesetzt werden dürfen. Vor allem unter die Rubriken Arbeits- und Gesundheitsschutz fallen Trainings, in den die Beschäftigten den sicheren Umgang mit Chemikalien erlernen. Zwingend vorgeschrieben ist unter ande-

rem eine angemessene Schutzkleidung.

Die Zertifizierungsgesellschaft FloCERT, eine Tochter von Fairtrade International, überprüft vor Ort, ob Produzenten und Händler die Fairtrade-Standards einhalten und die Produzentenorganisationen den festgelegten Mindestpreis und die Fairtrade-Prämie ausgezahlt bekommen.

„Wir können nicht rund um die Uhr vor Ort sein. Deswegen haben wir Whistleblowing-Kanäle etabliert, die Beschäftigte oder Medienvertreter:innen nutzen können, um Verdachtsfälle und konkrete Missstände bei Fairtrade-Organisationen zu melden“, sagt Sonja Eberle Jones, Leiterin der Abteilung Marketing und Kommunikation bei FloCERT.

Dieses Jahr wurden bereits über 80 Verdachtsfälle angenommen und untersucht. „Im Blumensektor und aus Kenia haben wir seit Januar 2023 vier konkrete Anschuldigungen erhalten, alle rund um den Themenkomplex Arbeitsbedingungen. Typischerweise bestätigen unsere Untersuchungen die Hälfte dieser Verdachtsfälle teilweise oder ganz, mit ernsthaften Konsequenzen für das Unternehmen.“

Werden bei den Untersuchungen Verstöße gegen Kernprinzipien von Fairtrade belegt, kann FloCERT die betroffene Firma suspendieren, bis sie Prozesse oder Gremien eingerichtet hat, die die Missstände beheben. Bei schweren Verstößen, etwa Fälle von Zwangsarbeit, kann die betroffene Firma mit sofortiger Wirkung dezertifiziert werden. *Volker Engels*

www.flocert.net
www.fairtrade-deutschland.de

#Wieso Weshalb Darum #14

Weil wir Unternehmen dann endlich den Meeresspiegel vorhalten.

Einer von vielen guten Gründen für ein starkes EU-Lieferkettengesetz.

Ein EU-Lieferkettengesetz mit der klaren Verpflichtung zur Einhaltung des 1,5-Grad-Klimaziels und dem Schutz vor Umweltzerstörung durch Unternehmen – das darf die Bundesregierung nicht länger blockieren. **Schreib deine Mail an Bundeskanzler Olaf Scholz auf: lieferkettengesetz.de**

INITIATIVE LIEFERKETTENGESETZ.DE

Ein Knopf, der nicht jede Lücke schließt

Der Grüne Knopf soll Mensch und Umwelt entlang der Lieferkette schützen – von der Faser bis zum Bügel. Nach vier Jahren werden nun die Kriterien noch einmal erweitert. Kritiker bemängeln, dass noch nicht die komplette Lieferkette abgedeckt wird

Von **Julia Johansen**

Die Seele des Menschen sitzt in seinen Kleidern, sagte Shakespeare. Für den modernen Menschen sitzt sie auch in dem Siegel, das sein Kleidungsstück trägt. Der Grüne Knopf präsentiert sich als vertrauenswürdige Siegel – sozial, ökologisch, staatlich und unabhängig zertifiziert.

Zum vierjährigen Jubiläum verkündete der Grüne Knopf, dass 47 Prozent der Menschen in Deutschland das Siegel kennen. Seit seiner Einführung im Jahr 2019 seien bereits über 300 Millionen mit ihm gekennzeichnete Produkte verkauft worden. „Hinter dem Grünen Knopf steht der Staat, das schafft Vertrauen“, sagte zum Jubiläum Florian Tiedtke, einer der Leiter der Geschäftsstelle Grüner Knopf. „Zwei von drei Menschen, die den Grünen Knopf kennen, haben bereits bewusst ein Produkt mit dem staatlichen Siegel in den Einkaufskorb gelegt. Der Grüne Knopf wird also tat-

sächlich zur Orientierung beim Einkauf genutzt.“

Im Laden konkurriert der Grüne Knopf mit einer Reihe anderer Siegel. „Wir haben rund 50 Brands, doch nur eines davon trägt den Grünen Knopf“, sagt Ben Irion vom supermaché, einem Laden für ökofaire Mode in Kreuzberg. „Wenn große Discounter, die nicht gerade für besondere Sorgfalt in ihren Lieferketten oder guten Umgang mit Lieferant*innen bekannt sind, problemlos zertifiziert werden, dann macht mich das skeptisch.“ Seine Favoriten: „Ich empfehle die Siegel GOTS und Fair Wear Foundation.“

Rund 80 Unternehmen sind beim Grünen Knopf dabei, doch oft tragen ihn nur einzelne Produkte des Sortiments. Anders ist das bei ETERNA, das großen Wert auf Nachhaltigkeit legt. Die schönen Hemden und Blusen sind alle mit dem Grünen Knopf ausgezeichnet und trugen schon im Jahr 2000 das Siegel OEKO TEX® Standard 100+.

Der Grüne Knopf hat im vergangenen Jahr noch einmal eine Erweiterung seiner Kriterien angekündigt. Spätestens wenn Ende Juli 2024 die letzte Übergangsfrist endet, müssen auch bereits lizenzierte Unternehmen unternehmerische Sorgfaltsprozesse bezüglich der Anforderungen nach dem Grünen Knopf 2.0 absolviert haben.

Im Laden konkurriert der Grüne Knopf mit einer ganzen Reihe anderer Siegel

Dazu zählt zum Beispiel, dass sie sich selbst verpflichten müssen, existenzsichernde Löhne zu fördern.

Das ist ein Fortschritt, aber es gibt auch Kritik. Dietrich Weinbrenner, Beauftragter für nachhaltige Textilien der Vereinten Evangelischen Mission und Mitarbeiter der Kampagne für Sau-



Verarbeitung des Olivenöls der Kooperative Canaan in Dschenin

bere Kleidung, geht das Siegel nicht weit genug. Er weist darauf hin, dass Webereien und Spinnereien nicht erfasst sind, obwohl es auch dort gravierende Missstände gibt.

Der Grüne Knopf zeigt das selbst auf seiner Website: Der Schritt „Garn- und Stoffherstellung“ ist in der Darstellung der Anforderungen, die der Grüne Knopf entlang der Lieferkette an die Produktion der Siegel-Betriebe stellt, explizit ausgenommen. In der Selbstdarstellung des Grünen Knopfes werde jedoch immer wieder die gesamte Lieferkette erwähnt, so Dietrich Weinbrenner. „Dies ist eine Irreführung der Verbraucher*innen und unredlich, weil es unwahr ist“.

Weinbrenner sieht im Grünen Knopf die Gefahr eines staatlich legitimierten Greenwashing. Problematisch ist dies etwa, da für die Arbeit auf den Baumwollfeldern keine Sozialstandards festgeschrieben sind. Das bedeutet, dass ein Ver-

bot von Kinderarbeit an dieser Stelle fehlt.

Ein weiteres Problem des Siegels liegt in der Kontrolle. Die Siegelgeber, die für die Kontrolle im Namen des staatlichen Siegels zuständig sind, arbeiteten mit einer „Industrie von Sozialaudits“ zusammen. Die Kontrollen der Audits vor Ort werden in der Regel vorher angekündigt, so dass bei einem Fabrikbesuch immer nur ein Teil der Realität erfasst werden kann. Dabei werden viele Probleme übersehen, etwa erzwungene Überstunden, fehlende Organisationsfreiheit oder frauenspezifische Gewalt. Eine Kritik, die nicht allein den Grünen Knopf trifft.

Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass freiwillige Selbstverpflichtungen der Unternehmen nicht zu substanziellen Verbesserungen geführt haben. „Nur gesetzliche Regelungen sind zielführend“, meint Dietrich Weinbrenner. Seit Anfang des Jahres gilt in Deutsch-

land ein Lieferkettengesetz, das Unternehmen zur Achtung von Menschen- und Arbeitsrechten durch die Umsetzung definierter Sorgfaltspflichten verpflichtet.

Die Hoffnungen der Kritiker liegen auf einem neuen Lieferkettengesetz, das grade auf EU-Ebene verhandelt wird (siehe Seite 33). Es wird voraussichtlich strenger als das gegenwärtig in Deutschland gültige. Wird es in der sich abzeichnenden Form beschlossen, müsste die Bundesregierung das deutsche Recht anpassen, zum besseren Schutz der Menschen und der Umwelt.

Doch Lieferkettengesetz hin oder her: Die Verbraucher*innen würden ein staatliches Siegel schätzen, das die gesamte Lieferkette abdeckt. Eines, das ehrlich und transparent kommuniziert und konsequent existenzsichernde Löhne einfordert.

www.siegelklarheit.de

„Fairer Handel ist keine Einbahnstraße“

Beim Thema Fairer Handel liegt der Fokus auf Produkten, die aus dem Globalen Süden kommen. Doch was ist mit Akteuren hier im Norden, den Milchbauern etwa? Faire Handelspraktiken seien auch hier nötig, sagt Ann-Kristin Schmidt, Fachreferentin für Fairen Handel beim internationalen Bauernverband Naturland

taz: Frau Schmidt, Sie wollen die Perspektiven des Fairen Handels erweitern – wohin?

Ann-Kristin Schmidt: Bei fair gehandelten Produkten denken viele erst mal an Bananen, Kaffee und Kakao – alles Rohstoffe aus dem sogenannten Globalen Süden. Heißt das im Umkehrschluss, dass Handel im Globalen Norden immer gut und fair läuft und daher nicht reglementiert werden muss? Ganz und gar nicht! Deshalb haben wir mit unserem Siegel „Naturland Fair“ einen globalen Ansatz gewählt.

Denn Fairer Handel ist keine Einbahnstraße.

Wie soll diese Straße im Ganzen aussehen?

Ein im Globalen Süden produziertes Produkt legt bis zu dessen Konsum häufig einen langen Weg zurück und ist nur dann wirklich fair, wenn die Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren entlang der Wertschöpfungskette fair verläuft. Das heißt unter anderem: faire Preise für alle Beteiligten der Lieferkette, langfristige und verlässliche Handelsbeziehungen

untereinander, eine gemeinschaftliche Qualitätssicherung, die Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten und ein gezielter Einsatz für ein gerechteres Wirtschaften.

Wo sehen Sie Verbesserungsbedarf im Norden?

Kürzere Lieferketten wie bei in Deutschland produzierter Milch garantieren aus unserer Perspektive noch keine fairen Produktionsbedingungen. Dies verdeutlicht der Protest der Milchbauern und -bäuerinnen wegen niedriger Milchpreise in den letzten

Jahren. Faire Handelspraktiken sind also auch im sogenannten Globalen Norden dringend notwendig, damit es den an der Lieferkette beteiligten Menschen, Tieren und der Umwelt gut geht. **Wir sprechen hier aber nicht von getrennten Welten?**

Bei sogenannten Mischprodukten, wie Vollmilchschokolade oder Gebäck laufen dann sogar mehrere Ketten zusammen: So kann der Kakao oder die Vanille fair im Süden produziert werden und auf faire Milch oder Hafer aus dem Norden treffen. Klar

ist, dass die Lebensbedingungen von Kleinbauern und -bäuerinnen im Globalen Süden sich von denen der bäuerlichen Betriebe hierzulande unterscheiden. Darauf gehen wir mit unserem Siegel bei den Fairhandelsrichtlinien und Kriterien, die die Handelswege bewerten, ein. Nichtsdestotrotz ist Fairer Handel ein Anspruch, den wir an alle stellen sollten, und von dem alle profitieren sollten. Fairer Handel heißt ein faires Miteinander, das schließt alle ein. *Interview: Lars Klaußen*



Ann-Kristin Schmidt widmet sich bei Naturland den Themen fairer Handel und soziale Landwirtschaft. Der Verband fördert weltweit ökologischen Landbau. Er hat 140.000 Mitglieder, davon 4.500 in Deutschland.

TEEKAMPAGNE

FÜR EINE BESSERE, ZUKUNFTSFÄHIGE ÖKONOMIE!
BIO-TEES AUS DARJEELING UND ASSAM FAIR GEHANDELT.

Seit 1985 ermöglichen Direktimport und nachhaltige Großpackungen ein unschlagbares Preis-Leistungs-Verhältnis
z.B.: First Flush FTGFOP1, 1kg für nur 39,50 Euro (inkl. MwSt., zzgl. Versand)

Direkt zu bestellen auf www.teekampagne.de
Projektwerkstatt GmbH • Pasteurstr. 6-7 • 14482 Potsdam

supermarché Jetzt mit Online Shop

Ökofaire Mode in Berlin und online

Better wear fair!

Wiener Straße 16 * Berlin-Kreuzberg
supermarche-berlin.shop

ALTO MAYO

Single Origin Peru
100% Arabica
Fairer Handel

Bio-Kaffeespezialitäten aus Peru – seit 1998

www.altomayo.de Altomayo Bio altomayo.bio

Weltweit leiden die kleinen Erzeuger

Die bäuerliche Landwirtschaft ist dramatisch auf dem Rückzug: in Deutschland, in Europa und weltweit. Ein Grund sind Erzeugerpreise, die die ökosozialen Werte der bäuerlichen Produktionswelt nicht genug berücksichtigen

Von **Dierk Jensen**

Die Preise für Lebensmittel sind in den letzten Monaten massiv gestiegen. Das spüren die Konsumenten in deutschen Supermärkten genauso wie die Einkäufer auf den Märkten in Ländern der Subsahara. Der Preisanstieg ist im Zuge multipler Krisen ein globales Phänomen. Es trifft fast alle Konsumentinnen und Konsumenten.

Gleichzeitig profitiert eine Reihe multinationaler Unternehmen von der aktuellen Lage. Schaut man beispielsweise auf die Aktienkurse so mancher global agierender Lebensmittelkonzerne, wird schnell klar, dass es durchaus Gewinner in der derzeit angespannten globalen Situation gibt. Wer im Besitz dieser Aktien ist, freut sich über hohe Ausschüttungen.

Unterdessen kommt von den weltweiten Preissteigerungen für Lebensmittel wenig bei den bäuerlichen Erzeugern an. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass fast alle Akteure, Organisationen und Verbände, die sich seit Jahrzehnten in diesem Segment engagieren, diesen Zustand grundlegend kritisieren. „Es kann doch nicht sein, dass sich konventioneller Handel und Industrie Mehrerlöse einverleiben, ohne dass die Erzeuger daran partizipieren“, kritisiert beispielsweise Anna Hirt vom Weltladen-Dachverband. Hirt fordert daher einen transparenten Umgang mit den gestiegenen Kosten entlang der ganzen Lieferkette – vom Ursprung bis zum Verkauf, um so faire Erzeugerpreise transparent ermitteln zu können.

Dabei ist es auch in den Reihen des Fairen Handels so, dass sich durch Coronapandemie, durch Inflation, durch fatale Schäden infolge lokaler Unwetter, durch gestiegene Energie- und Transportkosten und nicht zuletzt durch den Krieg in der Ukraine vieles sehr viel teurer geworden ist. „Wichtig ist es uns daher im Fairen Handel, dass wir unsere Kundinnen darüber aufklären, dass auch die Erzeugerinnen höhere Preise brau-

Im Fairen Handel brauchen die Erzeugerinnen bessere Preise

chen, um ihre gestiegenen Kosten decken zu können“, fügt Hirt hinzu.

Ein ehrenwerter Ansatz, der allerdings in vielen landwirtschaftlichen Regionen nicht mehr als ein bloßer Wunsch ist. Denn in vielen Ländern des Globalen Südens gibt es keine Handelsstrukturen und auch keine Agrarpolitik, die erzeugerorientiert ausgerichtet wäre und damit zur Sicherung der bäuerlichen Existenzen auch in Krisenzeiten beitragen würde.

„Hier braucht es viel mehr politische Regulierung“, fordert derweil Stig Tanzmann, Politikreferent bei der evangelischen Organisation Brot für die Welt. „Es braucht Maßnahmen, die die bäuerlichen Produzenten vor den negativen Dynamiken der globalen Märkte abschirmt und damit so schützt, damit sie wei-

ter kostendeckend ernten und wirtschaften können“, so Tanzmann weiter. Tanzmann ist als Landwirt sowohl praktisch ausgebildet als auch studiert. Ihm erscheint es vollkommen inakzeptabel, wenn die Auswirkungen globaler, vor allem an Warenterminbörsen orientierten Handelsstrukturen kleine landwirtschaftliche Betriebe daran hindern, ausreichende Erlöse zu erzielen, während gleichzeitig vorgelagerte und nachgelagerte Agrarkonzerne aber gute Gewinne einstreichen.

Dass die Profite einseitig bei den Agrarriesen landen, ist für den Mitarbeiter von Brot für die Welt nicht nur politisch verwerflich, sondern wirft auch global das Problem auf, dass der ökosoziale Wert kleinbäuerlicher Strukturen im großen Stil weiterhin ignoriert wird. Das hat tiefgreifende Folgen. „Diese bäuerlichen Familienbetriebe sind nämlich unverzichtbar für eine nachhaltige landwirtschaftliche Entwicklung und auch im Kampf gegen den Klimawandel“, warnt Tanzmann.

Welche weitreichende Dimension die Kleinbäuerinnen in der ganzen Welt nach wie vor haben, demonstrieren Zahlen der Weltbank. Nach deren Angaben leben weltweit rund zwei Milliarden Menschen auf kleinen Betrieben von und mit der Landwirtschaft; daher gelten sie als bedeutender Resilienzfaktor für ländliche Regionen, und zwar in fast allen Teilen der Welt. Würden diese Betriebe aufgrund schlechter Preise und zugleich gestiegener Produktionskosten aufhören, weiter zu erzeugen, würde sich damit für viele Län-

der des Globalen Südens die Abhängigkeit von landwirtschaftlichen Rohstoffimporten dramatisch zuspitzen.

Welche Gefahren bei einer Importabhängigkeit beispielsweise von Getreide entstehen, zeigt sich gerade in erschreckender Weise beim Drama um die ukrainischen Getreideexporte über das Schwarze Meer. Auch wenn es diese Engpässe nicht gäbe, würde sich die Welt trotzdem in einer permanenten Ernährungsnot befinden: Unglaubliche 800 Millionen Menschen leiden gegenwärtig an Hunger.

Aber auch im reichen Europa und in Deutschland lässt sich erkennen, was es heißt, wenn die Preise nicht mehr ausreichen, um qualitätsorientierte, ökologische und nachhaltige Leistungen bäuerlicher Landwirtschaft zu erhalten. „Der Markt kümmerst sich nicht darum, ob Kühe auf der Weide gehalten werden“, konstatiert Berit Thomsen von der Arbeitsgemeinschaft für bäuerliche Landwirtschaft (AbL) einen steten Rückgang dieser naturnahen und von vielen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen favorisierten Haltungform. Trotz aller Beteuerungen entscheidet sich die Mehrheit der Konsumenten am Kühlregal immer noch anders. „Und wenn es für die kleinen Betriebe nicht mehr reicht, dann wird das Höfesterben unaufhörlich weitergehen“, zieht Thomsen nüchtern Fazit. Derzeit gibt es in Deutschland noch knapp 60.000 Milchviehbetriebe, allein im letzten Jahrzehnt haben Zehntausende Milchviehhalterinnen die Erzeugung eingestellt.



Abfüllung des fair gehandelten Bio-Olivenöls

Faire Woche 2023

Die **Faire Woche 2023** findet vom **15. bis 29. September** zum Thema **Klimagerechtigkeit und Fairer Handel** unter dem Motto **„Fair. Und kein Grad mehr!“** statt.

Zur der bundesweiten Aktionswoche werden **über 2.000 Aktionen, Gespräche, Lesungen, Tauschbörsen und andere Events** erwartet. Veranstaltet wird sie vom Forum Fairer Handel in Kooperation mit dem Weltladen-Dachverband und Fairtrade Deutschland.

Unter anderem werden Vertreterinnen und Vertreter von Produzentenorganisationen bei Veranstaltungen in Deutschland sowie in Videobotschaften berichten, wie sie **von der Klimakrise betroffen** sind und wie sie **vom Fairen Handel profitieren**.

Das Konzept der Klimagerechtigkeit zielt darauf ab, dass die Verursacher der Klimakrise – die Länder des Globalen Nordens – ihrer Verantwortung gerecht werden. Dazu gehören, so schreiben die Veranstalter der Fairen Woche, dass sie ihre **CO₂-intensiven Produktions- und Konsummuster** möglichst schnell klimaverträglich gestalten und Betroffene im Globalen Süden darin unterstützen, sich vor den Folgen der Klimakrise zu schützen.

Der Faire Handel sei **Teil der Lösung**, denn er trage dazu bei, Kleinproduzent*innen widerstandsfähiger gegen Krisen zu machen, etwa indem er klimaschonend wirtschaftet, ihnen klimaresistentes Saatgut bereitstellt und sie nach Naturkatastrophen unterstützt.

Die einzelnen Veranstaltungen und Aktionen werden organisiert und durchgeführt von Weltläden, Supermärkten, Schulen, gastronomischen Betrieben, Einrichtungen der Verbraucher*innen-Beratungen, Kirchengemeinden und Kantinen.

www.faire-woche.de



fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

Foto: Susanne Hemmerling

Kinderarbeit bekämpfen, **Bildung ermöglichen!**

Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung fair childhood.

Spendenkonto fair childhood: Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00, BIC: BFSWDE33MUE
Eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

Informationen und Kontakt unter: www.fair-childhood.de

Mit Landraub oder mit Menschen?

Mit Menschen.
misereor.de/mitmenschen

misereor
GEMEINSAM GLOBAL GERECHT

DZI Spenden-Siegel

Foto: Mellenthin/Misereor